

# Wie Greenpeace Vattenfall ärgern will

Handelsblatt, Jürgen Flauger, 20.10.2015

Greenpeace ist zweifelsohne ein perfekter PR-Coup gelungen. Die Ankündigung, für Vattenfalls deutsche Braunkohleaktivitäten zu bieten, hatte ja schon für Aufmerksamkeit gesorgt. Und in dieser Woche hat die Umweltschutzorganisation das Angebot nun konkretisiert und dabei eine unmissverständliche Botschaft gesendet: Der Braunkohle-tagebau und die Kraftwerke seien nichts wert, stellten die Aktivisten auf einer Pressekonferenz fest. Im Gegenteil, die Folgekosten des klimaschädlichen Energieträgers seien so hoch, dass Vattenfall sogar Geld bezahlen müsste, damit Greenpeace die Sparte abwickelt.

Greenpeace brachte das [viele Schlagzeilen](#) ein, Vattenfall noch mehr Häme. Davon abgesehen hat das Gebot dem schwedischen Konzern aber noch einmal verdeutlicht, wie schwierig der Verkauf der deutschen Braunkohle werden dürfte. Zwar gibt es neben den Umweltschützern auch ernsthafte Interessenten. Die tschechischen Energieunternehmen CEZ und EPH haben öffentlich erklärt, ein Gebot abgeben zu wollen. Hoffnungen auf einen ordentlichen Verkaufserlös können sich die Schweden aber kaum machen. Braunkohle ist in der Öffentlichkeit geächtet und wird von der Politik kritisch begleitet. Das hat der Klimabeitrag, mit dem die Bundesregierung die Kohlekraftwerke im Frühjahr belegen wollte, noch einmal verdeutlicht. Zwar konnte Vattenfall gemeinsam mit RWE diesen Angriff abwehren, klar ist aber: Es wird weitere Angriffe geben. Braunkohle wird auch in der Politik als Auslaufmodell gesehen – und als solches behandelt.



Der Käufer, wenn Vattenfall einen findet, wird sich um die Abwicklung der Sparte kümmern müssen. Zwar wird der Kaufpreis nicht, wie von Greenpeace behauptet, negativ ausfallen, allzu hoch wird er aber auch nicht sein.

Ausgerechnet Greenpeace schlägt Vattenfall einen Deal vor: Die Umweltorganisation will das Braunkohle-Geschäft des Energiekonzerns übernehmen und den Tagebau abwickeln. Konkurrent ist der reichste Mann Tschechiens.

Der PR-Coup ist schon einmal geglückt. Ob es mit der Übernahme klappt, darf aber bezweifelt werden. Viel wird die Umweltschutzorganisation Greenpeace dem schwedischen Vattenfall-Konzern für dessen Braunkohleaktivitäten in Deutschland jedenfalls nicht bieten. Greenpeace bezifferte heute den Barwert auf weniger als eine halbe Milliarde Euro und berief sich dabei auf Berechnungen des Instituts Energy Brainpool. Ziehe man die hohen Folgekosten mit ein – etwa für die Renaturierung der Tagebaue –, ergebe sich sogar „ein negativer Betrag von mehr als zwei Milliarden Euro“. Im Klartext: Vattenfall müsste eigentlich dem Käufer Geld geben, damit er die Braunkohle übernimmt.

Vattenfall hatte am 22. September den Verkauf der Braunkohlesparte in Deutschland gestartet. Vor wenigen Tagen erklärte Greenpeace überraschend, sich am Verkaufsprozess zu beteiligen. Jetzt macht die Umweltschutzorganisation ernst. Am Dienstag kündigte sie auf einer Pressekonferenz in Berlin an, bei der von Vattenfall beauftragten Investmentbank Citigroup ein „Statement of Interest“ einzureichen.

### **Folgt der Braunkohle- auf den Atomausstieg?**

Welche Anteil hat Braunkohle im deutschen Energie-Mix? Ein Viertel des deutschen Stroms stammt weiter aus Braunkohlekraftwerken - trotz der Milliardeninvestitionen in erneuerbare Energien und aller Klagen von Umweltschützern über die „CO<sub>2</sub>-Schleudern“. Doch seit einigen Monaten rückt die Politik ab von dem schon lange umstrittenen aber verführerisch billigen Energielieferanten.

Nach dem Atom- der Braunkohleausstieg? Im Frühjahr beschloss die NRW-Landesregierung überraschend die Verkleinerung des größten deutschen Braunkohlereviere Garzweiler II am Niederrhein. In der vergangenen Woche kündigte der schwedische Energiekonzern Vattenfall an, einen Verkauf seines Braunkohlereviere in der Lausitz zu prüfen.

Warum ist Braunkohle so umweltschädlich? Braunkohle hat bis zu 60 Prozent Wasseranteil. Der Heizwert ist deutlich niedriger als bei Steinkohle oder Gas. Deshalb muss für die Energieerzeugung wesentlich mehr Material verbrannt werden. Der CO<sub>2</sub>-Ausstoß liegt auch bei den modernen Braunkohleanlagen im rheinischen Revier mit rund 900 Gramm CO<sub>2</sub> pro Kilowattstunde etwa doppelt so hoch wie bei Gaskraftwerken. Alte Braunkohlekraftwerke emittieren sogar 1000 Gramm und mehr. Hinzu kommt die Landschaftszerstörung beim Braunkohleabbau, für den ganze Dörfer umgesiedelt werden müssen.

Was spricht für die Technik? Braunkohle als Energielieferant ist deutlich preiswerter als Steinkohle und Gas. Steinkohle wird in Deutschland aus über 1000 Meter Tiefe gewonnen, Gas muss meist über weite Strecken per Pipeline hergeführt werden. Die Braunkohleresourcen liegen zu 100 Prozent im eigenen Land und reichen noch für viele Jahre - ein wichtiger Punkt angesichts der Ängste um die Gasversorgung wegen des Ukraine Konflikts und der Kämpfe und Unruhen in Erdöl erzeugenden Staaten.

Warum rückt die Politik von Braunkohle ab? Deutschland bekommt zunehmend Probleme mit seinen Klimaschutzzielen. Zwei Jahre hintereinander ist der CO<sub>2</sub>-Ausstoß gestiegen statt gefallen. Die geplante Reduzierung der Treibhausgase um 40 Prozent bis 2020 wird nach jetzigem Stand deutlich verfehlt. Bundesumweltministerin Barbara Hendricks (SPD)

hat zum Entsetzen der Energiebranche jetzt sogar eine Schließung älterer Kohlekraftwerkskapazitäten ins Gespräch gebracht.

Was bedeutet das für die Versorger? Der Börsenstrompreis, die unter anderem im Handelsraum der European Energy Exchange (EEX) beobachtet werden, ist unter anderem wegen der zusätzlichen Wind- und Sonnenstrommengen seit Jahren rapide gefallen und liegt nur noch bei etwa 4 Cent pro Kilowattstunde. Das liegt unter den Produktionskosten vieler Gaskraftwerke. Braunkohlekraftwerke, deren Produktionskosten auf rund 3 Cent pro Kilowattstunde geschätzt werden, sind damit - neben der auslaufenden Atomkraft - die letzten verlässlichen Gewinnbringer der Versorger in der Stromerzeugung.

Ist Klimaschutz nicht wichtiger als alle Berechnungen? Ja, sagen die Umweltschützer – und demonstrieren dafür, wie im Bild die Greenpeace-Aktivisten, die sich an ein Bahngleis von Vattenfall in Welzow (Brandenburg) angekettet haben. Dass RWE noch in jüngster Vergangenheit Milliarden für zwei 2012 eröffnete Braunkohlekraftwerksblöcke in Grevenbroich am Niederrhein investiert hat und am Projekt eines weiteren Blocks festhält, halten sie für völlig verfehlt. Die Kohlebranche verweist dagegen schlicht auf den Anteil von rund 45 Prozent von Stein- und Braunkohle an der Stromerzeugung. So viel Kapazität sei nicht in kurzer Zeit zu ersetzen, wenn gleichzeitig die Atomkraft mit aktuell immer noch gut 15 Prozent abgeschaltet wird.

Springen zur Not die Länder bei Vattenfall ein? Das ist völlig unklar. Die beiden Ministerpräsidenten Dietmar Woidke (SPD) und Stanislaw Tillich (CDU) warnen auch mit dem Verweis auf Tausende Arbeitsplätze vor einem raschen Ausstieg und dringen auf eine schnelle Entscheidung von Vattenfall, damit Klarheit herrscht. Woidke schließt einen Einstieg von Brandenburg ins Braunkohlegeschäft zumindest nicht kategorisch aus. Die Frage, ob Braunkohle unter Umständen in Landeshand kommen könnte, beantwortete er am Mittwoch vor Journalisten so: „Das ist eine Frage, die sich momentan überhaupt nicht stellt.“ Er fügte zugleich aber hinzu: „Das wird eine Frage sein, die man prüfen muss, wenn entsprechende Verkaufsabsichten detaillierter dargelegt werden.“

Greenpeace würde nach eigener Darstellung die Braunkohlesparte in eine gemeinnützige Stiftung überführen. Deren Zweck wäre „der Ausstieg aus der Kohleverstromung bis zum Jahr 2030 und der Umbau des Konzerns zu einem Erneuerbare-Energien-Unternehmen“. „Wir werden die Verantwortung für den Klimaschutz, die Gesundheit der Menschen und einen erfolgreichen Strukturwandel in der Lausitz übernehmen, wenn Vattenfall und die schwedische Regierung dies nicht tun“, sagte Annika Jacobson, Programm-Managerin von Greenpeace in Schweden. „Es ist eine große Chance, aus dem schmutzigen Braunkohlegeschäft eine erneuerbare Zukunft für die Lausitz und die Menschen dort zu machen.“

Vattenfall will zum einen den Tagebau in der Lausitz verkaufen. Zum anderen soll der Käufer die Kraftwerke Jänschwalde und Schwarze Pumpe in Brandenburg, Boxberg und den Block R der Anlage Lippendorf in Sachsen übernehmen. Zudem stehen zehn Wasserkraftwerke nicht weit vom Braunkohlerevier in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt zum Verkauf.

Vattenfall hatte höflich reagiert, als Greenpeace das Angebot angekündigt hatte. Der Prozess sei „offen“. Kritischer verfolgen die rund 8000 Mitarbeiter die Pläne von Greenpeace, die Braunkohleverstromung abzuwickeln. Betriebsräte sprachen von einem „PR-Gag“. Bisher sind nur zwei andere Angebote bekannt. Die beiden tschechischen Energiekonzerne EPH und CEZ haben ihr Interesse offen bekundet.

## **Vattenfall wirbt um Bieter**

Vattenfall möchte sein Braunkohlegeschäft in Ostdeutschland dringend loswerden. Jetzt hat der schwedische Energiekonzern das Bieterverfahren eröffnet. 2016 soll der Verkauf über die Bühne gehen.

EPH betreibt schon den zweiten Braunkohletagebau in Ostdeutschland einen Mibrag. Jüngst gewann das Unternehmen auch einen mächtigen Verbündeten. Die Investmentgruppe PPF des reichsten Tschechen, Petr Kellner, will sich an dem Kaufangebot beteiligen.

Im Gegensatz zu Greenpeace hatten Finanzexperten den Wert der zum Verkauf stehenden Aktivitäten mit zwei bis drei Milliarden Euro beziffert. Der Verkauf ist aber schwierig, weil die Braunkohle wegen der hohen CO<sub>2</sub>-Emissionen auf immer größeren Widerstand trifft. Der Prozess wird sich deshalb bis ins kommende Jahr ziehen.

Nach Darstellung von Greenpeace liegt der „wahre Wert“ der Sparte noch deutlich unter der genannten halben Milliarde. Der Preis werde durch hohe Folgekosten des Kohleabbaus beispielsweise für die Renaturierung der Tagebaue und den Rückbau der Kraftwerke auf einen negativen Betrag von mehr als zwei Milliarden Euro gedrückt. Berücksichtige man darüber hinaus die enormen sozialen und Umweltkosten errechneten sich finanzielle Verpflichtungen in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrags.